

Zeitschrift: Schweizer Film = Film Suisse : offizielles Organ des Schweiz. Lichtspieltheater-Verbandes, deutsche und italienische Schweiz

Herausgeber: Schweizer Film

Band: 3 (1937)

Heft: 54

Artikel: Paritätische Kommission : Sitzung vom 1. Juli 1937 in Bern

Autor: Hasler / Kraft

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-733695>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Paritätische Kommission.

Sitzung vom 1. Juli 1937 in Bern.

Vorsitz: Bundesrichter Dr. Eugen Hasler, Lausanne.

Beisitzer: Georg Eberhardt, Aarau; J. Schulthess, St. Gallen; J. Adelman, Birsfelden; Dr. Karl Egghard, Bern; F. Reyrenns, Genf; Dir. Baumann, Zürich.

Zur Diskussion stehen nachstehende Aufnahmege-suche, die vom Vorstand des S.L.V. abgelehnt wurden:

1. W. Walch, Wochenschautheater in Zürich,
2. W. Walch, Wochenschautheater in Basel,
3. Spesca S.A., Wochenschautheater in Basel.

Der Schweiz. Lichtspieltheaterverband hat das Gesuch der Spesca S.A., Genf (die Begründung für die Ent-scheide Walch ist gleichlautend — die Red.) um Auf-nahme eines Wochenschautheaters in Basel, Freiestr. 52, als Mitglied abgelehnt. Er bezweckt damit, der Gesuch-stellerin die Eröffnung und den Betrieb des Theaters zu verunmöglichen oder doch zu erschweren, unter Aus-nutzung der monopolartigen Stellung, die ihm der In-teressen-Vertrag mit dem Film-Verleiher-Verband in der Schweiz und insbesondere das darin enthaltene Verbot der Filmlieferung an Nichtmitglieder des Lichtspiel-theaterverbandes verschafft.

Art. 31 der Bundesverfassung steht einer derartigen vertraglichen Bindung der Angehörigen eines Berufs-standes und deren Ausnutzung im Kampfe gegen Aussen-seiter nicht entgegen, da er nicht in die Beziehungen zwischen Bürgern eingreift, sondern dem Bürger nur Schutz gewährt gegen Eingriffe des Staates in Handel und Gewerbe. Grenzen sind ihr dagegen gesetzt durch die in der neueren Rechtssprechung entwickelten privat-rechtlichen Grundsätze über das zulässige Mass wirt-schaftlicher Machtentfaltung von Kartellen und kartell-ähnlichen Verbänden. Darnach dürfen derartige Berufs-verbände ihre Machtmittel nur der Wahrung berech-tigter Berufsinteressen dienstbar machen und selbst für diesen Zweck dürfen sie ihre Machtmittel nicht in einer Weise einsetzen, die geeignet ist, das wirtschaftliche Fortbestehen des Bekämpften zu zerstören oder auch nur ernstlich zu gefährden, wobei das Mass der zuläs-sigen Bedrohung im einzelnen Falle weiter oder enger zu spannen ist, je nachdem sie im Kampfe um lebens-wichtige Interessen oder nur zur Erzwingung grösserer Gewinne durch Ausschaltung des Aussenseiters erfolgt.

Der Schweiz. Lichtspieltheaterverband verfolgt den Zweck, das Fortbestehen seiner Mitglieder zu sichern und diesen, sowie ihren Angestellten, ein genügendes Auskommen zu erhalten. Heute liegt das Lichtspiel-theater-Gewerbe schwer darnieder; darüber herrscht Einmut unter allen sachkundigen Mitgliedern der Pari-tät. Kommission. Diese Feststellung wird bestätigt durch die der Kommission vorgelegte Abhandlung von Dr. Göt-tisheim (Das Basler Kinogewerbe, Ergebnis einer En-quete), worin festgestellt wird, dass «sich die Mehrzahl der Basler Lichtspieltheater nur noch mit Mühe über Wasser halten können», eine Schlussfolgerung, die für das Kinogewerbe der ganzen Schweiz gilt. Durch die Eröffnung neuer Theater werden also die bestehenden

in ihrem wirtschaftlichen Fortbestehen schwer bedroht, und mit ihnen weitere Kreise der Bevölkerung, insbe-sondere die Angestellten und Geldgeber der gefährdeten Theater. Obschon nun das Wochenschautheater, das die Gesuchstellerin eröffnen will, sich von den bestehenden Theatern nach dem Programmaufbau insofern wesent-lich unterscheidet, als es nur Wochenschauen, Trick-filme und kurze Kulturfilme in etwa einstündiger Vor-stellung darbietet, dagegen keine eigentlichen Spiel-filme, ist nach Auffassung der sachkundigen Mitglieder der Kommission eine ernstliche Konkurrenzierung der bestehenden Theater durch dieses Wochenschautheater zu befürchten. Dessen neuartige Programme kommen einem Bedürfnisse zahlreicher Kinobesucher entgegen, zudem werden die wegen der Kürze der Vorstellung billigeren Eintrittspreise dieses Theaters einen grossen Anreiz ausüben. Die Erfahrungen der Gesuchstellerin mit ihrem letzten Oktober in Lyon eröffneten Wochen-schautheater bestätigen diese Annahme.

Dem vom Lichtspieltheaterverband verfolgten Zwecke, seine Mitglieder in ihrem wirtschaftlichen Fortbestehen zu schützen, stehen nun keine gleichwertigen Interessen der Gesuchstellerin an der Aufnahme in den Verband gegenüber. Sie erstrebt diese nur zum Zwecke, durch Eröffnung eines weiteren Theaterbetriebs, ihre schon bestehenden Verdienstmöglichkeiten zu vergrössern, ohne dass der Verzicht auf dieses Unternehmen ihr wirt-schaftliches Fortbestehen gefährden würde. Einen Scha-den erleidet sie bei Verweigerung der Aufnahme aller-dings insofern, als die Vorarbeiten und Aufwendungen für Eröffnung und Betrieb des Theaters in Basel nutz-los werden und allfällige vertragliche Verpflichtungen sie auch weiterhin belasten, falls es ihr nicht gelingt, ihr Vorhaben als Aussenseiter durchzuführen. Allein, die Gesuchstellerin ist vor Eingehung von Verpflichtun-gen im Hinblick auf den Bau und Betrieb dieses Thea-ters vom Lichtspielverband gewarnt und mit Bestimm-heit darauf hingewiesen worden, dass sie nicht in den Verband aufgenommen werde.

Das allgemeine Interesse an der Einführung von Wochenschautheatern darf schon deshalb nicht ent-scheidend für die Aufnahme der Gesuchstellerin in den Verband sein, weil diesem Bedürfnisse durch Umstel-lung bestehender Theater auf Wochenschau-Betrieb ge-nügt werden kann.

Bei den heutigen Verhältnissen im Kinogewerbe spre-chen also für die Ablehnung des Aufnahmege-suchs lebenswichtiger Interessen des Lichtspieltheaterverban-des und seiner Mitglieder, hinter denen das Streben der Gesuchstellerin nach einer weiteren Entwicklung ihrer Verdienstmöglichkeiten zurückstehen muss. Die Stel-lungnahme des Schweiz. Lichtspieltheaterverbandes ist daher gerechtfertigt, solange deren Voraussetzungen sich nicht wesentlich verändern. Aus diesen Erwägungen

beschliesst die Paritätische Kommission,
das Aufnahmege-such der Spesca S.A. für das Theater
an der Freiestrasse 52 in Basel, zur Zeit abzuweisen.

Bern, den 1. Juli 1937.

Der Obmann: Dr. Hasler. Der Sekretär: Dr. Kraft.